

Abschlusspapier Bürgerdebatten 2022:

Was bewegt unsere Gesellschaft?

- *„Klima. Gerecht. Stadt. Wie können wir (Kommunen) dem Klimawandel wirkungsvoll und sozial gerecht begegnen?“ am 31.08.2022 in Kiel*
- *„Zusammen. Leben. Gestalten. Wie steht es um unsere Demokratie nach Corona?“ am 14.10.2022 in Dresden*
- *„Zukunft. Aufgabe. Digitalisierung. Bildung und Arbeitsmarkt 4.0 im Zeichen der digitalen Revolution“ am 19.10.2022 in Berlin*
- *„Stadt. Raum. Geschichte. Wie gestalten wir einen demokratischen Erinnerungsraum?“ am 26.10.2022 in München*

Im Zuge der vier Bürgerdebatten zu den zuvor genannten Oberthemen lassen sich eine Reihe von Gemeinsamkeiten identifizieren, welche direkt oder indirekt in allen vier Debatten zur Sprache kamen. Sowohl die Diskutantinnen und Diskutanten als das Publikum äußerten wiederholt, dass mehr politisches Mitspracherecht für die Bürgerinnen und Bürger eines der besten Mittel gegen die Entpolitisierung der Gesellschaft sei. Die Veranstaltungsreihe diene damit auch der Sammlung von Vorschlägen, wie eine verbesserte politische Teilhabe gelingen kann. So sollen vor allem die Sichtweisen von marginalisierten Gruppen sowie von jungen Menschen in die politische Willensbildung stärker mit einbezogen werden. Weiterhin wurde dafür geworben, Protest als Artikulation von politischer Unzufriedenheit anzuerkennen und diesen nicht zu übergehen. Gleichzeitig muss der Rückzug von Menschen aus der politischen in die private Welt verhindert werden. Als Mittel dafür wurde ein stärkerer Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts genannt. Prägnant auf den Punkt gebracht wurde das bei der Debatte in Berlin: „Alle Akteure müssen mit im Boot sein“.

Allerdings warben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Debatten auch mehrfach dafür, ein realistischeres Erwartungsmanagement hinsichtlich der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern zu betreiben. Viele Menschen werden in dem Glauben gelassen, so die Kritik, dass ihre politischen Bedürfnisse schnell umgesetzt werden können. Passiere das nicht, führe das zu Frust und schlussendlich zum Rückzug aus politischen Sphären. Insbesondere bei der Debatte in Dresden wurde dieses Thema lebhaft diskutiert. Dabei äußerten sowohl die Diskutantinnen und Diskutanten als auch das Publikum das Anliegen, die politische Bildung der Gesellschaft bereits in der Schule zu intensivieren. Damit könne, so die übereinstimmende Ansicht, erreicht werden, dass unrealistische Vorstellungen über politische Partizipation gar nicht erst entstehen.

Bei weitreichenden Herausforderungen muss die Gesellschaft in all ihren Facetten, so der Tenor der Debatten, so weit wie möglich einbezogen werden. Dabei wurde insbesondere bei den Debatten in Kiel und Berlin herausgearbeitet, dass die Bürgerinnen und Bürger sich eine stärkere Einbeziehung der verschiedenen Perspektiven aus der Bevölkerung wünschen, denn durch eine solche Mitnahme der Menschen könnten bei der Lösung der Herausforderungen unserer Zeit neue Dynamiken entfacht werden. Damit kann eine, für eine nachhaltige Problemlösung unabdingbare, breite Akzeptanz erreicht werden. Dafür sei es notwendig – so die Diskutantinnen und Diskutanten –, verschiedene Formate der Beteiligung zu entwickeln. Hierbei kam, besonders intensiv diskutiert bei den Debatten in Kiel und Dresden, die Idee des Dialogformats zwischen Bürgerinnen und Bürgern und politischen Verantwortungsträgern immer wieder auf. Dabei ist es allerdings wichtig, dass die Politikerinnen und Politiker auch tatsächlich Entscheidungskompetenzen in den besprochenen Anliegen haben und nicht als reine Zuhörende fungieren. Zusammen mit einer Verstärkung dieser Formate kann die gemeinsame Diskussion der dort besprochenen Themen eher gewährleistet werden und die Chance, dass diese Dialoge in politischen Veränderungen resultieren, steigt.

Im Zuge der Bürgerdebatten trat auch der Wunsch nach einer zukunftsgerichteten Politik hervor. So warben Zuschauerinnen und Zuschauer insbesondere bei der Debatte in Kiel dafür, bei der Lösung von Problemen auch außerhalb etablierter Strukturen bis hin zu Fragen des wirtschaftlichen Systems zu denken und innovative Formate gesellschaftlicher Beteiligung fortwährend umzusetzen. Gleichzeitig kann eine Rückbesinnung auf regionalere Kontexte – beispielhaft etwa kommunale Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien – bei der Lösung von Problemen einen wertvollen Beitrag leisten. Besonders bei der Debatte in Berlin warben verschiedene Referentinnen und Referenten zudem dafür, Kommunikation transparenter zu gestalten. So sollten nicht fortwährend neue Ziele zur Lösung eines Problems formuliert, sondern stattdessen konkrete Maßnahmen vordergründig kommuniziert werden.

Bei der Debatte in München wurde von allen Beteiligten besonders intensiv dafür geworben, die jüngste politische Vergangenheit stets kritisch zu reflektieren. Nur auf diese Weise könne sichergestellt werden – so die einhellige Meinung aller Beteiligten –, dass begangene Fehler bei der Lösung von zukünftigen Problemen nicht im Weg stehen und die Zukunft bestmöglich gestaltet werden kann. Das beinhaltet auch die kontinuierliche Evaluation und Anpassung von Beteiligungsformaten.

In allen vier Bürgerdebatten wurde also der Wunsch nach mehr politischer Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sehr deutlich. Dabei wurden die Mängel bestehender Partizipationsmöglichkeiten sowie Ideen für zukünftige Beteiligungsformate breit diskutiert. Allerdings wurden einige Lücken deutlich. Hinsichtlich des weiteren Diskurses bietet es sich

nun an, diese Lücken zu schließen. So sollte darüber gesprochen werden, wie Beteiligungsformate zukünftig im Detail aussehen könnten. Dafür muss beachtet werden, dass einerseits lokale Kontexte und Eigenheiten in diesen Beteiligungsformaten ausreichende Würdigung erfahren und andererseits sichergestellt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger Deutschlands über gleiche Beteiligungsmöglichkeiten sowie den Zugang zu diesen verfügen.